

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 29 (2002)
Heft: 1

Artikel: Entwicklungszusammenarbeit : und was tut die Schweiz?
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910074>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen ist immer die Zivilbevölkerung. Im Bild afghanische Flüchtlinge.



magopress

Und was tut die Schweiz?

PIERRE-ANDRÉ TSCHANZ

Wie alle Industriestaaten setzt sich die Schweiz für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens ein. Welche Mittel stehen zur Verfügung, wie und wo werden sie eingesetzt, wer profitiert davon und wo situiert sich die Schweiz in dieser Entwicklungsarbeit?

IM JAHR 2000 hat die Schweiz 0,34 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet und die Schwelle von eineinhalb Milliarden Franken knapp überschritten. Sie bleibt damit deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtheit der OECD-Länder, der nur 0,22

Prozent des BSP betrug. Dieser Durchschnitt täuscht allerdings, denn er wird stark beeinflusst von einigen grossen Staaten, insbesondere von den USA, deren Beitrag, gemessen am BSP, sehr bescheiden ist (0,1 Prozent). Rekordhalter sind die skandinavischen Länder, die zusammen mit Luxemburg als Einzige das von der Uno festgelegte Ziel von 0,7 Prozent des BSP überschreiten. Davon ist die Schweiz weit entfernt, auch wenn sie eine bessere Figur macht als die meisten ihrer europäischen Nachbarn. Seit rund zehn Jahren hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, einen Anteil von 0,4 Prozent zu erreichen. Doch der schlechte Zustand der Bundesfinanzen und die andauernde Wirtschaftskrise der Neunzigerjahre haben ein Erreichen dieses Ziels verunmöglicht.

Konzentration der Kräfte

Statt die für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Giesskannenprinzip zu verteilen, konzentriert sich die Schweiz auf die ärmsten Länder des Südens. Auf der anderen Seite

setzt sie seit einigen Jahren vermehrt auf die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Ein Drittel des jährlichen Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit fliesst heute in die multilaterale Kooperation. Im Jahr 2000 wurden mehr als 330 Millionen Franken für Uno-Programme und die Institutionen von Bretton Woods zur Verfügung gestellt. Von diesem Betrag gehen 170 Millionen an die Entwicklungsprogramme und die humanitäre Hilfe der Uno; damit gehört die Schweiz zu den zwölf wichtigsten Beitragszahlern.

Das Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe verfolgt ein doppeltes Ziel: Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung des Südens und Bereitstellung der notwendigen Mittel, damit sich die betroffenen Länder aus eigener Kraft entwickeln können. Der Bundesrat hat diese Ziele 1994 mit der Festlegung von Leitlinien für die Entwicklungspolitik konkretisiert, welche vier Hauptthemen umfassen: Wahrung und Erhaltung von Frieden und Sicherheit sowie Stärkung der Menschenrechte, der Demokratie und

des Rechtsstaats; Förderung des Wohlstands und der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung; Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit (namentlich der Stellung der Frauen) und Schutz der natürlichen Umwelt.

Partnerschaft mit Hilfswerken

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz umfasst vier Bereiche: bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Zusammenarbeit mit den Ländern in Zentral- und Osteuropa unter der Federführung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die dem Departement für auswärtige Angelegenheiten angeschlossen ist, sowie finanzielle Hilfe und Handelsförderung unter der Verantwortung des Staatssekretariats für Wirtschaft. Ein Teil der Entwicklungszusammenarbeit läuft selbstverständlich über die dreizehn schweizerischen Hilfswerke, die eine wichtige strategische Rolle spielen. Im Jahr 2000 erhielten sie vom Bund 166,4 Millionen zur Unterstützung ihrer eigenen Projekte, der eidgenössischen Projekte unter ihrer Leitung und für humanitäre Hilfe.

Unter humanitärer Hilfe versteht man einen kurzfristigen Einsatz zur Rettung von Menschenleben und zur Linderung von Leiden nach einer Naturkatastrophe oder einem bewaffneten Konflikt. Die Entwicklungszusammenarbeit hingegen ist lang-

fristig angelegt und zielt auf die Bekämpfung der Armut ab, indem sie den Leuten Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Ein Entwicklungsprogramm kann durchaus einen humanitären Hilfeinsatz ablösen, beispielsweise um nach einer Katastrophe die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Das schweizerische Katastrophenhilfekorps, heute Korps für humanitäre Hilfe genannt, war im Januar 2001 nach dem Erdbeben im indischen Bundesstaat Gujarat zum Einsatz gekommen. Nach der kurzfristigen humanitären Hilfe eröffnete die Schweiz einen Fonds von einer Million Franken als Beitrag zur Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen in dem am meisten betroffenen Gebiet. Indien ist eines der Schwerpunktländer der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit mit einem jährlichen Budget von rund 30 Millionen Franken. Dazu kommen Massnahmen zur Förderung von Wirtschaft und Handel.

Osteuropa

Die humanitäre Hilfe ist zweckgebunden und wird vom Bund dort gewährt, wo sie am dringendsten gebraucht wird, während die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie auf 17 so genannte Schwerpunktländer und -regionen und vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika ausgerichtet ist.

(Fortsetzung Seite 7)

Im Zentrum steht die Würde des Menschen

Als Umkehrung des Schweizer Wappens wird das rote Kreuz auf weissem Hintergrund auf der ganzen Welt als Sinnbild der humanitären Schweiz verstanden. Die sieben Rotkreuz-Grundsätze von 1965 lauten: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Dieser Leitlinie kann auch unser Land folgen. Unsere humanitäre Tradition beschränkt sich denn auch nicht auf die Genfer Abkommen. Als neutraler Staat ist die Schweiz geradezu dazu prädestiniert, weltweit für die Ärmsten unserer Welt die Stimme zu erheben, sich als Vermittlerin für Gerechtigkeit und Frieden zu engagieren und jenen Menschen Schutz zu bieten, die dessen bedürfen.

Natürlich ist nicht alles rosa. Ein Geben ohne Erwartung auf ein Nehmen liegt nicht im Naturell des Menschen. Man erhofft sich Privilegien, Hilfsmassnahmen werden nicht selten politisch ausgeschlachtet und Projekte werden teilweise leider mehr nach dem Grad ihrer medialen Wirksamkeit als nach ihrer sachbezogenen Dringlichkeit gewählt. Man kann sich auch damit brüsten, in der Wüste einen Brunnen gebaut zu haben, dessen niemand bedarf.

Berechnung gibt es aber überall. Und wer sich daran zu sehr aufhält, wird bitter und macht gar nichts mehr. Die schweizerische humanitäre Arbeit mag zwar einige Schattenseiten haben, aber nicht nur. Wer jemals Landsleute getroffen hat, die irgendwo in Afrika oder im Kosovo Landstreifen um Landstreifen entminen, die nach der Identität der Opfer von Srebrenica forschen, Kriegsverwundete pflegen oder traumatisierten Flüchtlingen Hoffnung auf eine neue Existenz zu geben versuchen, weiss, dass es viele Männer und Frauen gibt, denen die Würde des Menschen mehr bedeutet als der eigene Wohlstand. Genau darum muss es gehen. Und diese Arbeit müssen wir mit aller Kraft unterstützen.

Gabrielle Keller



Armut hat viele Gesichter. Slum vor São Paulo.

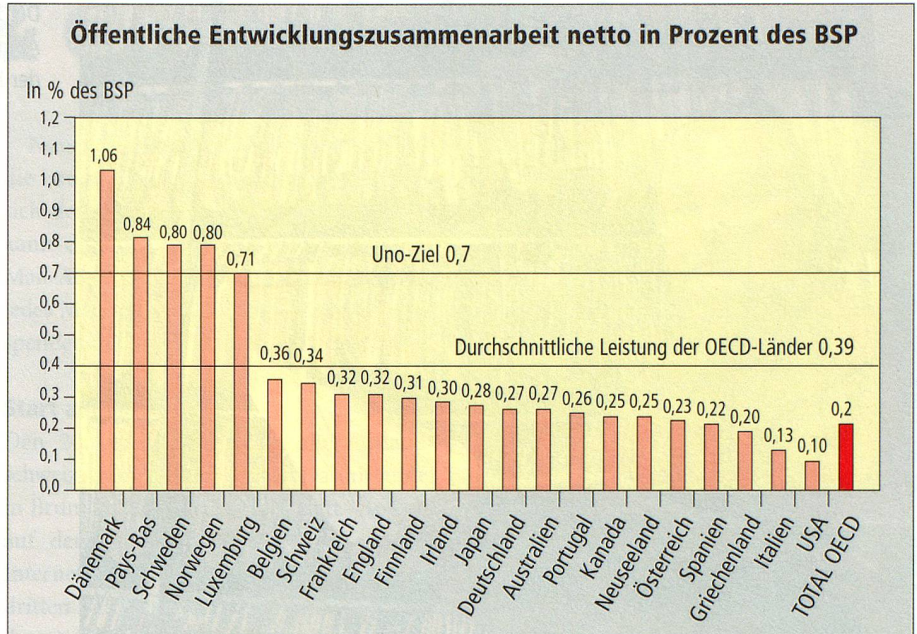
(Fortsetzung von Seite 5)

Nach dem Fall der Berliner Mauer setzte die Schweiz Programme zur Unterstützung der zentral- und osteuropäischen Länder auf ihrem Weg in die Demokratie, den Rechtsstaat und die Marktwirtschaft in Gang. Diese technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich heute auf sechs Balkanstaaten und auf die ehemalige Sowjetunion.

Wenn man von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit spricht, sind auch ökonomische und handelspolitische Massnahmen zu erwähnen, etwa Mischkredite, Hilfe bei der Zahlungsbilanz, Handelsförderung, Sicherung von Basisprodukten und Strategien zur Entschuldung der am höchsten verschuldeten Länder.

Bilanz

In den letzten 40 Jahren der Entwicklungszusammenarbeit hat sich manches geändert. Vorbei die Zeit, wo Infrastrukturprojekte finanziert wurden und der paternalistische Geldgeber Entwicklungshilfe betrieb. «Heute unterstützt der Geldgeber die Partner bei ihrer Entwicklungsarbeit. Er passt sich ihren Zielen an, ihrer Gangart, und



zwingt ihnen nicht mehr seine Ansichten auf», betont Walter Fust, DEZA-Direktor, in der letzten Septemhernummer der DEZA-Zeitschrift «Eine Welt». Wie lautet seine Bilanz? «Niemand kann eine exakte Bilanz über die Entwicklungszusammenarbeit abgeben, denn viele Elemente sind nicht messbar. In den Bereichen Erziehung, Gesundheit

und Trinkwasserzugang wurden Fortschritte erzielt», bemerkt Walter Fust, aber er weist auch auf Misserfolge hin: «Die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder ist gewachsen, dieser Zustand ist inakzeptabel. Man darf nicht glauben, dass allein die Zusammenarbeit die Welt verändern und alle Ungleichgewichte korrigieren kann.»

«Mit Entwicklung hat das nichts zu tun»

INTERVIEW: MARTIN ZIMMERLI

Al Imfeld kritisiert die offizielle Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. In der Schweiz gibt der unbequeme Entwicklungsfachmann immer wieder zu kontroversen Diskussionen Anlass.

Die Schweiz rühmt sich immer wieder ihrer langen humanitären Tradition. Können wir uns darauf auch heute noch etwas einbilden?

Nein, aber das konnten wir auch nie. Das sind gefährliche Wörter, das ist Politslang.

Gewisse Verdienste in diesem Bereich dürften Sie aber unserem Land kaum absprechen können.

Nein. Die Schweiz nahm in der Vergangenheit sogar eine wichtige Rolle ein. Aber das hat mit zwei Sachen zu tun: Erstens mit dem IKRK und seiner Vermittlerrolle in Konfliktsituationen, und zweitens mit der Missio-

narsbewegung; es gibt praktisch kein afrikanisches Land, in dem nicht Schweizer Missionare ihre Spuren hinterlassen hätten. Dank dieser beiden Institutionen, dem IKRK und der missionarischen Tätigkeit, hat die Schweiz in Afrika heute noch einen sehr guten Ruf ...



Enfant terrible für viele: Al Imfeld.

Al Imfeld (67) studierte auf vier Kontinenten (in der Schweiz, Italien, Japan, Kenia, den USA und auf den Philippinen) katholische und evangelische Theologie (Priesterweihe 1960), Journalistik, Entwicklungssoziologie und Tropenlandwirtschaft. Lehraufträge in Zimbabwe, Malawi, Tansania, Nairobi, Zürich, Luzern, Bern und Vortragstätigkeit in Europa und Afrika. Autor von 40 Büchern, darunter vier Gedichtbände. Mitbegründer von «Für eine offene Kirche», baute in Bern den Informationsdienst 3. Welt (i3w) auf, Initiator von «Dialog Afrika» und der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika.